



Übernahme des Tarifabschlusses wird kein Selbstläufer

Mehrmals haben die in Potsdam geführten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder kurz vor dem Scheitern gestanden. Einige Bundesländer hatten sich sogar geweigert, überhaupt über eine Gehaltserhöhung zu verhandeln. Unter den Hardlinern soll auch die Landesregierung von NRW gewesen sein. Vor diesem Hintergrund ist der am 2. März von den Gewerkschaften durchgesetzte Tarifabschluss ein großer Erfolg. Danach bekommen die Beschäftigten der Länder, wie im Bundesteil der Ausgabe bereits dargestellt, in drei Stufen im Volumen insgesamt 7,8 Prozent mehr, verteilt auf eine Laufzeit von 33 Monaten. Die erste Erhöhung gibt es rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres. Weil die Gewerkschaften gleichzeitig Mindestbeträge durchgesetzt haben, steigt das Einkommen für alle Beschäftigten bis zum 1. Januar 2021 mindestens um 2880 Euro pro Jahr.

ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske, der für die ÖD-Gewerkschaften die Verhandlungen mit den Ländern geführt hatte, sprach deshalb nach der Einigung mit den Arbeitgebern vom besten Tarifabschluss, den es für die Beschäftigten in den Ländern bislang gegeben hat. In NRW waren die Reaktionen verhaltener. „Der Tarifabschluss ist nicht der längst überfällige große Befreiungsschlag, aber er ist ein erster Schritt, um den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber wieder attraktiv zu machen“, sagte in einer ersten Reaktion GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Auch die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs, die zusammen mit Michael Mertens als Mitglied der Bundestarifkommission der GdP die Verhandlungen in Potsdam aus nächster Nähe verfolgt

hatte, bewertet den Abschluss insgesamt positiv. „Auch wenn wir mehr gefordert haben, ist es uns zumindest gelungen, den Abstand zu den Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ein Stück weit zu schließen“, sagte sie.

Als enttäuschend bewertet die GdP allerdings die Weigerung der Länder, ihren Beschäftigten einen stufengleichen Aufstieg zu ermöglichen. Hier konnte aber immerhin eine deutliche Anhebung der Garantiebeträge durchgesetzt werden. Zudem konnten die Gewerkschaften die Forderung der Arbeitgeber abwehren, die Arbeit in eine Vielzahl von Einzelaufgaben zu zergliedern, um sie anschließend schlechter zu bezahlen. „Dass die Länder diese Forderung überhaupt auf den Tisch gelegt haben, zeigt, wie weit sich viele Politi-

ker von der Realität entfernt haben! Mit Dumpinglöhnen hat der öffentliche Dienst keine Zukunft“, warnte Jakobs.

Dass es den Gewerkschaften am Ende trotzdem gelungen ist, eine deutliche Einkommenserhöhung durchzusetzen, ist vor allem den zahlreichen Protestaktionen während der Tarifrunde zu verdanken. Mehr als 25 Aktive Mittagspausen hat alleine die GdP organisiert – so viele, wie in keiner Tarifrunde zuvor. Und von den mehr als 10 000 Demonstranten, die Ende Februar vor den Düsseldorfer Landtag gezogen sind, war fast jeder Fünfte GdP-Mitglied. Erneut ist es der GdP damit gelungen, ein deutliches Signal an die Landesregierung zu schicken, die Widerstandskraft der Polizistinnen und Polizisten und der Ta-





rifbeschäftigten nicht zu unterschätzen.

Vergleichbare Aktionen werden vielleicht auch in den nächsten Wochen erneut nötig sein. Während der Großteil der Bundesländer längst erklärt hat, dass sie den Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich für die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger übernehmen werden, hält sich die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW bisher bedeckt. Zwar hat die Landesregierung angekündigt, mit den Gewerkschaften über die Übernahme des Tarifabschlusses zu sprechen. Über die Details will das Kabinett aber erst „nach einer sorgfältigen Analyse des Tarifiergebnisses entscheiden“. NRW könnte deshalb vor harten Auseinandersetzungen stehen.

Lüge: Schonungslos aufklären, aber ohne Vorverurteilung!

Kaum eine Straftat hat die Öffentlichkeit in der jüngsten Zeit so stark aufgewühlt, wie der jahrelange sexuelle Missbrauch von Kindern auf einem Campingplatz in Lügde. Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat hat Innenminister Herbert Reul (CDU) von einem „Polizei-Skandal“ gesprochen. Es habe ein „Behördenversagen an allen Ecken und Kanten“ gegeben. Selbst „meine Oma hätte gemerkt, dass da was nicht stimmt“, sagte Reul Mitte Februar im Düsseldorfer Innenausschuss. Reul versprach Aufklärung und setzte eine Ermittlungskommission ein, die „keinen Stein auf dem anderen lassen“ soll.

Auch die GdP hatte früh eine schonungslose Aufklärung des Falls gefordert, weil nur so das verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zurückgewonnen werden kann. Und weil die Polizei das den Opfern schuldig ist. „In Lügde ist es zu Fehlern gekommen, die nicht hätten passieren dürfen“, betonte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens auf entsprechende Medienanfragen. Zugleich warnte Mertens aber davor, dass es im Fall Lügde zu einer Vorverurteilung der beschuldigten Beamten oder der gesamten Behörde kommt. „Erst müssen alle Fakten auf den

Tisch. Dann ist zu entscheiden, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind“, heißt es in einer bereits am 22. Februar veröffentlichten Pressemitteilung des Landesbezirks.

In der Medienberichterstattung über den Fall Lügde haben in den vergangenen Wochen allerdings andere Aspekte im Vordergrund gestanden. Zum Teil wurde in der Öffentlichkeit sogar die Professionalität der gesamten Kreispolizeibehörde Lippe infrage gestellt. Beigetragen hat zu dieser Situation auch das Verhalten des Innenministers, der nicht verhindert hat, dass aus seinem Ministerium wiederholt Erkenntnisse der Sonderermittler an die Medien weitergereicht wurden, ohne dass vorher geprüft wurde, ob die Erkenntnisse in einem Zusammenhang mit dem Missbrauchsfall in Lügde stehen. So wurde in der zweiten März-Woche bekannt, dass in der Kreispolizeibehörde Lippe ein Polizist arbeitet, der selber vor etlichen Jahren für den Besitz von kinderpornografischen Bildern verurteilt worden ist. Für die Öffentlichkeit stand damit fest, dass die Polizei in Lippe gar kein Interesse an der Aufklärung des Missbrauchsskandals haben könnte, und dass womöglich einer ihrer Beamten selber in den Skandal verwickelt gewesen ist. Ob der Vorwurf zutrifft, war

dafür unerheblich. Auch deshalb, weil der Innenminister es versäumt hatte, frühzeitig darauf hinzuweisen, dass die damaligen Kollegen des Beamten selber dafür gesorgt hatten, dass der Missbrauch strafrechtlich verfolgt wurde. Die damals zuständige Behörde, die Kreispolizeibehörde Gütersloh, wollte den Beamten sogar aus dem Dienst entfernen, ist damit aber vor der Disziplinarkammer gescheitert. Dort wurde die Zurückstufung und Versetzung nach Lippe als ausreichend erachtet. Ob er mit dem Missbrauchsfall in Lügde in einem Zusammenhang steht, ist bislang ungeklärt.

Mitte März hat die GdP Innenminister Reul deshalb aufgefordert, bei der Aufklärung des Falls Lügde mehr Sorgfalt an den Tag zu legen. „Wenn wir eine Wiederholung von Lügde verhindern wollen, brauchen wir klare Fakten, welche Fehler den Behörden und einzelnen Beschäftigten unterlaufen sind, aber keine öffentlichen Spekulationen über Detailergebnisse, deren Zusammenhang mit dem Fall noch nicht feststehen“, sagte Mertens. Zudem stellte sich der GdP-Vorsitzende schützend vor die Polizei in Lippe. „Es darf nicht eine ganze Behörde und damit jeder Beschäftigte unter einen Generalverdacht gestellt werden!“



In NRW ist schon einmal eine Landesregierung an den Beamten gescheitert



Noch haben die Gespräche mit der Landesregierung über die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger in NRW gar nicht begonnen. Und Konflikte sollte man im Vorfeld nicht herbeireden. Aber die Signale, die die schwarz-gelbe Landesregierung bislang ausgesendet hat, lassen nichts Gutes erahnen: In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der SPD-Fraktion, wie Schwarz-Gelb es denn mit der Übernahme des Tarifabschlusses halten will, hat die Landesregierung lediglich geantwortet, dass sie darüber erst „nach sorgfältiger Analyse des Tarifergebnisses entscheiden“ werde. Vorher werde „selbstverständlich eine Gesprächseinladung an die Gewerkschaften“ erfolgen. Das war's. Mehr gibt es an öffentlichen Äußerungen bislang nicht. Weder von Ministerpräsident Armin Laschet, noch von seinem Finanzminister.

Das ist ein bisschen dünn. Das ist mehr als dünn – in einer Zeit, in der längst der Großteil der Bundesländer eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses angekündigt hat. Das ist mehr als dünn für zwei Regierungsparteien, die zu Oppositionszeiten vor das Landesverfassungsgericht gezogen sind, um eine faire Bezahlung der Beamtinnen

und Beamten und der Versorgungsempfänger in NRW durchzusetzen.

Damals haben sich CDU und FDP viel Respekt bei den Beamtinnen und Beamten erworben. Ihn sollten sie jetzt nicht leichtfertig aufs Spiel setzen!

CDU und FDP sollten sich deshalb daran erinnern, dass vor noch nicht allzu langer Zeit in NRW eine Landesregierung auch deshalb abgewählt worden ist, weil sie versucht hatte, die Beamten über den Tisch zu ziehen. Eine Erfahrung, die sich schnell wiederholen kann.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes suchen nicht den Konflikt mit der Landesregierung. Aber wir werden diesem auch nicht aus dem Weg gehen, wenn es sein muss. In ihrer 70-jährigen Geschichte hat die GdP immer wieder eindrucksvoll bewiesen, dass sie kämpfen kann. Das gilt auch heute!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Polizei muss für Computer-Profis attraktiver werden

Weil die Polizei nicht genügend eigene Experten hat, die mit den von den Tätern benutzten Programmiersprachen, Datenbank- und Verschlüsselungssystemen mithalten können, stößt sie bei der Verfolgung von Straftaten, die über das Internet begangen werden, immer häufiger an ihre Grenzen. In einem Mitte Februar Innenminister Herbert Reul (CDU) zur Verfügung gestellten Positionspapier fordert die GdP deshalb, dass die Zahl der IT-Spezialisten in der Polizei nachhaltig erhöht wird. In einem ersten Schritt sollen 75 Stellen bereitgestellt werden, um IT-Experten aus anderen Unternehmen und Studenten mit einem einschlägigen Hochschulabschluss für die Polizei zu gewinnen.

Damit das gelingen kann, müssen zuvor die bei der Polizei gezahlten

Einkommen für Quereinsteiger aus der IT-Branche deutlich erhöht werden. Die bislang gezahlten Gehälter bis zur Entgeltgruppe 11 reichen nach Erfahrungen der Arbeitsgruppe Cyberkriminalität der GdP bei Weitem nicht aus. Um die neuen IT-Spezialisten langfristig an die Polizei zu binden, fordert die GdP darüber hinaus, dass den Experten auch die Möglichkeit einer Verbeamtung angeboten wird. „Qualifiziertes Personal für die Bearbeitung von Cyberdelikten werden wir nur dann an die Polizei binden können, wenn wir ihnen eine bessere Bezahlung oder die Verbeamtung bieten“, sagte GdP-Vorstandsmitglied Frank Schniedermeier Mitte Februar bei der Vorstellung des Positionspapiers gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ). Der Dortmunder KK-Leiter ist selber

Mitglied der Arbeitsgruppe Cyberkriminalität der GdP.

Die 75 Stellen, die die GdP als Sofortprogramm zur Bekämpfung der Cyberkriminalität fordert, sollen über den Topf der 500 zusätzlichen Tarifbeschäftigten finanziert werden, die das Innenministerium der Polizei dieses Jahr ohnehin zur Verfügung stellen will. Weil Cyberkriminalität in allen größeren Polizeibehörden ein Problem ist, sollen die neuen IT-Spezialisten dezentral eingesetzt werden. Je drei Stellen sollen an die 16 Polizeibehörden gehen, die die Aufgaben einer §-2-Behörde nach der Kriminalhauptstellenverordnung wahrnehmen. Die sechs §-4-Behörden sollen zusätzlich jeweils zwei weitere Stellen erhalten. Die übrigen 15 Stellen sollen an das LKA gehen.



Kriminalität: Langfristiger Strategiewechsel zahlt sich aus

Als Innenminister Herbert Reul (CDU) Mitte Februar vorab die wichtigsten Kerndaten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für 2018 veröffentlicht hat, war er voll des Lobes. „Das ist ein tolles Zeugnis für die 42 000 Polizistinnen und Polizisten im Land. Sie leisten eine hochprofessionelle Arbeit“, sagte Reul und verwies auf den Rückgang der Straftaten. Sie sanken 2018 auf 1,28 Millionen. 2015 waren es noch fast 1,52 Millionen. Auch die Aufklärungsquote ist erneut gestiegen, zum fünften Mal in Folge, auf 53,7 Prozent.

Bemerkenswert ist vor allem, dass viele Delikte, die für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besonders wichtig sind, im vergangenen Jahr zurückgegangen sind. Die Gewaltkriminalität ging auf 45 300 Fälle zurück (minus 4 Prozent), die Straßenkriminalität auf 319 306 Fälle (minus 8 Prozent) und die Zahl der Taschendiebstähle auf 34 064 Fälle (minus 17 Prozent). Noch deutlicher war mit minus 28 Prozent der Rückgang der Wohnungseinbrüche auf 39 057 Fälle.

Für die GdP ist diese Entwicklung vor allem dem großen Engagement der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die trotz widriger Umstände für ihre Arbeit brennen. Und der Einführung neuer Kriminalitäts-Bekämpfungskonzepte. „Endlich zeigen die langfristig angelegten Konzepte Wirkung“, sagte GdP-

Landesvorsitzender Michael Mertens kurz nach Bekanntwerden der aktuellen PKS. „Hierzu zählen Konzepte wie zum Beispiel die Kampagne ‚Riegel vor!‘ und das Fahndungskonzept ‚Motiv (Mobile Täter im Visier)‘. Außerdem zeigt die verstärkte Präsenz der Bereitschaftspolizei in gefährdeten Stadtteilen Wirkung.“

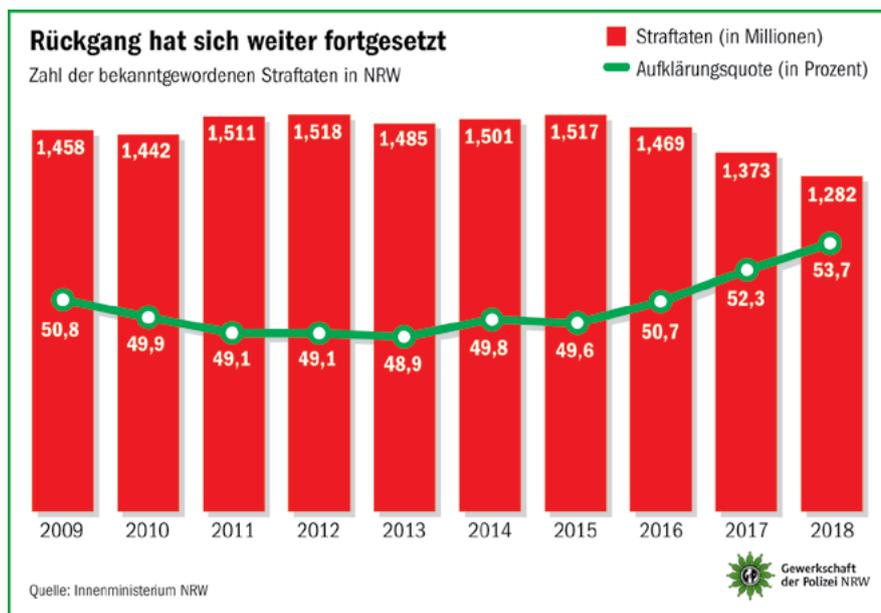
Die GdP setzt deshalb darauf, dass die Polizeipräsenz in den nächsten Jahren weiter ausgebaut wird, vor allem in den für Straftaten anfälligen Bereichen. Zudem erwartet sie, dass das Innenministerium auch die Bekämpfung neuer Kriminalitätsfelder wie der Cyberkriminalität noch stärker in den Blick nimmt. Dazu ist nicht nur eine deutliche personelle Aufstockung der Kriminalkommissariate notwendig, sondern auch deren Ausstattung mit moderner Technik.

Neue Verkehrsstrategie: Kontrollen in Zukunft nicht mehr mit Ankündigung

Rasen ist bei Verkehrsunfällen immer noch die Todesursache Nr. 1. Von den 490 getöteten Menschen im NRW-Straßenverkehr starben 130 aufgrund überhöhter Geschwindigkeit. Die GdP begrüßt deshalb ausdrücklich die neue Fachstrategie Verkehrssicherheit des Innenministeriums und die Null-Toleranz-Strategie gegenüber Rasern. Künftig sollen Geschwindigkeitskontrollen in NRW grundsätzlich unangekündigt erfolgen. Zudem sollen Temposünder, dort wo es möglich ist, angehalten werden.

Mit der Neuausrichtung setzt das Innenministerium eine langjährige Forderung der GdP um. „Eine hohe Kontrolldichte ist Voraussetzung für mehr Verkehrsdisziplin“, erklärt Michael Mertens und begrüßt, dass Verkehrsteilnehmer in Zukunft immer damit rechnen müssen, dass sie unmittelbar nach einem Fehlverhalten auch angehalten werden. „Die Kontrolle mit persönlicher Ansprache ist das wichtigste Mittel der Verkehrserziehung.“

Die schwarz-gelbe Landesregierung verabschiedet sich mit der neuen Verkehrsstrategie endgültig vom umstrittenen „Blitzmarathon“, den die Vorgängerregierung eingeführt hatte.



Im vergangenen Jahr ist die Zahl der in NRW bekanntgewordenen Straftaten erneut gesunken, auf 1,28 Millionen. Das ist der niedrigste Stand seit 1991. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote auf 53,7 Prozent gestiegen. Das ist fast die gleiche Aufklärungsquote, die 2017 im Bundesschnitt erreicht wurde (54 Prozent).



Verkehrsforum: GdP fordert mehr Schutz für Radfahrer

Der zunehmende Rad- und E-Bike-Verkehr stellt die Polizei vor besondere Herausforderungen. So gibt es bisher wenig Erfahrung im Bereich des Fahrradunfalls, insbesondere bei Pedelecs. Aber auch die Infrastruktur für Radfahrer bringt diverse Probleme mit sich. Zwar werden immer mehr Radschnellwege gebaut, aber manche Radwege enden auch einfach im Nichts oder sind durch Litfaßsäulen versperrt. „Bei der Planung und dem Bau müssen daher strengere Maßstäbe angelegt werden“, forderte der Verkehrsexperte und stellvertretender GdP-Vorsitzende Heiko Müller beim diesjährigen Verkehrsforum am 21. Februar in Essen. „Niemand würde auf die Idee kommen, eine Straße einfach so aufhören zu lassen. Warum machen wir das bei Radwegen?“



verunglückten Pedelecfahrer macht NRW's oberstem Verkehrspolizisten Sorgen.

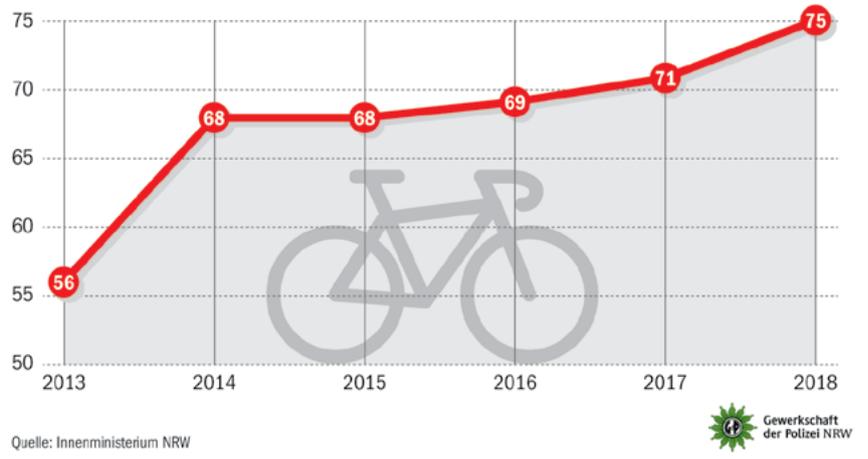
Von 2013 bis 2018 stieg sie von 506 auf 2215 Verunglückte.

Bereits im vergangenen Jahr hat sich deshalb der GdP-Bundeskongress für eine Helmpflicht für Radfah-

Ein weiteres Problem: Immer wieder werden Radfahrer von abbiegenden Lkw überrollt und tödlich verletzt. Eingebaute Abbiegeassistenten könnten das verhindern. Die Forderung der GdP nach einer gesetzlichen Einführung von Fahrassistentensystemen fand bei den auf dem Verkehrsforum anwesenden Verkehrsexperten und Polizisten große Zustimmung.

Wie groß der Handlungsdruck ist, zeigt auch ein Blick auf die Zahlen: Mehr als 16 725 Radfahrer verunglückten 2018 im Straßenverkehr in NRW, 55 von ihnen tödlich. In den vergangenen Jahren konnten als Hauptunfallquelle mit 26 Prozent Zusammenstöße mit anderen Verkehrsteilnehmern während des Abbiegens ausgemacht werden, wie der Referatsleiter für Verkehr im Düsseldorfer Innenministerium, Rüdiger Wollgramm, den rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Verkehrsforums erläuterte. Insbesondere die Zahl der

Zahl der getöteten Rad- und Pedelecfahrer steigt weiter an



16 725 Radfahrer verunglückten 2018 in NRW, rund 1700 (11,4 Prozent) mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Schwerverletzten unter ihnen stieg ebenfalls – um rund 12 Prozent auf 2790 (2017: 2492). Von den Pedelecfahrern verunglückten im vergangenen Jahr 2115. Das sind 724 mehr als 2017. 20 von ihnen kamen ums Leben, einer weniger als im Vorjahr. Zudem stieg die Zahl der schwerverletzten Pedelecfahrer im vergangenen Jahr von 346 auf 557. Das ist ein Plus von 61 Prozent.





rer stark gemacht. Michael Herkenhoff, Fachanwalt für Medizinrecht, sagte dazu auf dem Forum, dass nach der aktuellen gesetzlichen Formulierung der Straßenverkehrsordnung kein Zweifel besteht, dass zumindest E-Bikes, anders als Pedelecs, der Helmpflicht unterliegen, wenn sie bauartbedingt Höchstgeschwindigkeiten über 20 km/h zulassen. Herkenhoff schätzt allerdings, dass der

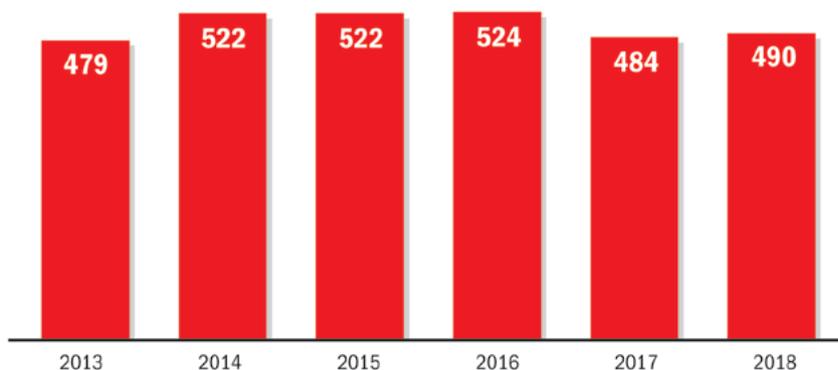
Gesetzgeber trotz des hohen Verletzungsrisikos in absehbarer Zeit für Radfahrer keine Helmpflicht einführen wird.

In seinem Abschlussstatement fasste Heiko Müller die Kernforderungen der GdP für mehr Schutz für Radfahrer noch einmal zusammen:

- Bei der Planung und dem Bau von Radwegen dürfen keine anderen Maßstäbe als für Straßen gelten.

- Ein Helm schützt nicht vor einem Unfall, mildert aber die Folgen. Weil alle Maßnahmen zur Erhöhung der Helmtragequote bisher nur wenig bewirkt haben, muss die Helmpflicht für Radfahrer kommen. In einem ersten Schritt zumindest für elektrounterstützte Fahrräder.
- Ein Abbiegeassistent gehört in jeden Lkw, der sich im Stadtbereich bewegt.

Trotz technologischen Fortschritts: Zahl der Verkehrstoten stagniert



Quelle: Innenministerium NRW



Ende Februar stellte Innenminister Herbert Reul die vorläufige Unfallstatistik 2018 für NRW vor. Trotz einer Vielzahl an Assistenz- und Sicherheitssystemen, mit denen immer mehr Pkw und Lkw ausgerüstet werden, stagniert die Zahl der Verkehrstoten.

2018 starben bei Verkehrsunfällen in NRW sechs Menschen mehr als 2017. Auch die Zahl der Schwerverletzten war mit 13 961 rund fünf Prozent höher als 2017 (13 345).

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3.4. Walburga Kottmeyer, Nottuln
- 13.4. Werner Boland, Remscheid
- 23.4. Lore Bobe, Gütersloh
- 27.4. Gertrud Ney, Borgholzhausen

91. Geburtstag

- 6.4. Josef Franck, Niederzier
- 13.4. Rudolf Hackeneis, Lisberg
Agnes Vonderbank, Heinsberg
- 15.4. Hannelore Bockholt, Rietberg
- 19.4. Heinz Zallmann, Bremen

92. Geburtstag

- 14.4. Rolf Westenburger, Recklinghausen

93. Geburtstag

- 6.4. Edith Kaltenbach, Gelsenkirchen
Lieselotte Middelkötter, Hattingen
- 9.4. Irmgard Badura, Haan

- 14.4. Agnes Dewitt, Düren
- 23.4. Charlotte Schindler, Oberhausen
- 28.4. Ingeborg Quabeck, Essen

94. Geburtstag

- 11.4. Johanna Weimer, Düsseldorf

95. Geburtstag

- 2.4. Paul Schrewe, Gütersloh
- 17.4. Hildegard Halfmann,
Wermelskirchen

96. Geburtstag

- 10.4. Anneliese Lange, Bielefeld
- 15.4. Hans Becker, Frechen

99. Geburtstag

- 11.4. Irma Breunig, Aachen
- 16.4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Mai-Ausgabe ist
der 2. April.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de



Urlaubsgeld für Sie!

**Buchen Sie Ihren Traumurlaub
in dem Reisebüro, in dem sich
Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!**

**Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!**



GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

Senioren aktuell

Kreisgruppe Euskirchen

13. Juni, 7:20 Uhr, Abfahrt Kiefernweg 44, 53984 Mechernich, 7:45 Uhr, Abfahrt Kreisverwaltung, Jülicher Ring 32, 53879 Euskirchen, Tagesausflug Bad Ems/Limburg, Anmeldungen Heinz Dederichs, Tel. 0 24 47/91 11 40

Kreisgruppe Unna

24. April, 15:00 Uhr, Schloss Cappenberg, Cappenberg 1, 59379 Selm, Besichtigung und Führung Historische Stiftskirche, anschließend Kaffee und Kuchen, bei Rückfragen Michael Schumacher, Tel. 0 25 96/63 78 97

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im April erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 21926
45 94421
45 41944

Im Mai erhalten die Gewinner einen Thalia-Gutschein im Wert von 35 Euro.

Anlässlich der am 26. Mai stattfindenden Europawahl stehen die diesjährigen Demonstrationen des DGB am 1. Mai unter dem Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“. GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens wird am 1. Mai an der DGB-Demonstration in Recklinghausen teilnehmen. Eine Übersicht aller Mai-Kundgebungen wird Anfang April auf der Homepage des GdP-



Landesbezirks und auf den Social-Media-Kanälen veröffentlicht. Zusammen mit dem DGB macht sich die GdP für ein solidarisches und sicheres Europa stark.

GdP aktiv

3. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 15:30 Uhr, Gaststätte Ellernkrug, Detmolder Straße 315, Lage

4. 4., Skat- und Doppelkopf-Turnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15:00 Uhr, Kantine der Kreisverwaltung Heinsberg. Teilnahmeberechtigt sind alle aktiven und ehemaligen Angehörige der Kreispolizeibehörde Heinsberg

8. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16:00 Uhr, Hotel Zur Post, Niederste Straße 7, Attendorn

9. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 16:30 Uhr, Kantine Kreishaus Schwelm, Startgebühr: 5,00 Euro, Anmeldung: 0 23 36/91 66-15 01

27. 4., Frühlingserwachen – 70er-, 80er-, 90er-Jahre-Party der Kreisgruppe Düren, ab 20:00 Uhr, ENDART-Kulturfabrik, Veldener Straße 59, Düren

NACHRUFE

Wilhelm Bröking	31.08.1942	Bergisches Land	Hanna Schöneberger	21.11.1924	Gütersloh
Günter Lorenz	13.06.1925	Bergisches Land	Otmar Frank	26.04.1939	Heinsberg
Rolf-Michael Reiner	05.04.1951	Bergisches Land	Wolfgang Strube	22.12.1937	Herford
Werner Gebauer	18.05.1922	Bochum	Peter Helmes	28.12.1931	Köln
Margarete Loeffelbein	17.01.1943	Bochum	Horst Jacobs	11.02.1934	Köln
Karl-Peter Ratynski	13.02.1949	Bochum	Willi Opel	15.07.1932	Köln
Wolfram Rozandsky	15.11.1944	Bochum	Karl Peters	15.01.1932	Köln
Hans-Jürgen Gärtner	09.09.1950	Bonn	Anneliese Heck	21.06.1926	Krefeld
Hans-Joachim Werner	02.08.1933	Dortmund	Werner Detmer	09.06.1935	Mettmann
Hermann Kurz	15.01.1939	Duisburg	Horst Hollitzer	05.04.1939	Münster
Wilhelm Schneider	03.10.1934	Düren	Christa Misera	04.02.1931	Münster
Frank Uertz	10.11.1966	Düsseldorf	Maria Widdekind	26.12.1939	Neuss
Hildegard Heibert	24.06.1924	Essen/Mülheim	Dr. Kurt Gintzel	08.05.1927	Selm
Margaretha Weismüller	16.02.1935	Essen/Mülheim	Erna Hubrich	10.04.1921	Siegen-Wittgenstein

